

Biden und Europa sollten auf die russische Aggression reagieren – mit einer Abkehr von der Alarm-Klimapolitik!

geschrieben von Chris Frey | 14. März 2022

[H. Sterling Burnett](#)

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine wurde durch die alarmistische Politik der Vereinigten Staaten und Europas begünstigt, mit der die angeblich unkontrollierbare globale Erwärmung bekämpft werden soll.

So beschloss Deutschland beispielsweise den Ausstieg aus der Kohle- und Kernenergie zugunsten angeblich klimafreundlicher „erneuerbarer“ Energiequellen. Und im Vereinigten Königreich hat die Regierung, nachdem sie vor einigen Jahren kurz erwogen hatte, Fracking zuzulassen, im Wesentlichen auf Wind- und Solarenergie gesetzt und Verbote oder fast unüberwindliche Hürden für die Erschließung von Erdgas auf dem britischen Festland errichtet.

Jene kostspieligen Energiequellen sind einfach nicht zuverlässig genug, um die Wirtschaft Deutschlands, Großbritanniens oder der gesamten EU zu erhalten. Zum Teil als Folge dieser Politik litten viele Europäer schon vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine unter lähmend hohen Energiepreisen und periodischen Energieengpässen.

Deutschland reagierte darauf mit einer noch größeren Abhängigkeit von russischem Erdgas, als es ohnehin schon war. Tatsächlich haben große westeuropäische Unternehmen in Pipelines investiert, die von Russland aus gebaut werden. Westeuropa hat damit indirekt Putin ermutigt, in die Ukraine einzumarschieren.

Unter der Initiative von Präsident Donald Trump, die USA Energie-dominant zu machen, wurden diese nicht nur energieunabhängig, sondern avancierten auch zum Nettoenergieexporteur. Die Ausweitung der Erdgasproduktion und die rasche Eröffnung neuer Flüssiggas-Exportterminals ermöglichten es Amerika, Europa aus dem Schlamassel zu helfen, indem es eine alternative, geopolitisch freundliche und zuverlässige Energiequelle bereitstellte. Hätte die Trump-Regierung diese Initiative und andere Maßnahmen unter Präsident Joe Biden fortgesetzt, hätten die europäischen Länder mehr Energie aus Amerika beziehen können, was Geld in unsere Taschen gespült hätte, anstatt Putins Kriegsmaschine zu finanzieren.

Stattdessen hat Biden den Kurs gewechselt. Der „gesamtstaatliche Ansatz“

der Regierung Biden zur Bekämpfung des Klimawandels erfordert eine rasche Abkehr der Vereinigten Staaten von fossilen Brennstoffen. Dementsprechend kündigte Biden gleich am ersten Tag seiner Amtszeit die Partnerschaft mit Kanada für die Keystone XL-Pipeline und verhängte ein Moratorium für neue Öl- und Gaspachtverträge auf Bundesland und auf dem äußeren Festlandsockel der USA. Seitdem hat Biden Öl- und Gaspachtverträge im Arctic National Wildlife Refuge gekündigt; er hat Beschränkungen für Methanemissionen vorgeschlagen, die die Erschließung, Lagerung und den Transport von Öl und Erdgas in den Vereinigten Staaten erschweren und verteuern würden; er hat vorgeschlagen, die Gebühren und Lizenzgebühren, die Öl- und Gasproduzenten an die Bundesregierung zahlen müssen, zu erhöhen; und er hat kürzlich Pläne angekündigt, Bohrungen auf mehr als der Hälfte des National Petroleum Reserve-Alaska auszuschließen.

Das Ergebnis war ein dramatischer Anstieg der Preise für fossile Brennstoffe. In Bidens erstem Jahr im Amt hat seine Klimapolitik dazu geführt, dass die Strompreise insgesamt um mehr als 8 Prozent gestiegen sind, die Heizölpreise um 43 Prozent, die Rohölpreise für West Texas Intermediate um mehr als 80 Prozent, die Erdgaspreise um 61 Prozent und die Benzinpreise um 98 Cent pro Gallone, also um 42 Prozent. Um es klar zu sagen: Höhere Energiepreise sind das ausdrückliche Ziel der Regierungspolitik, weil die Regierung sie für notwendig hält, um den Klimawandel zu bekämpfen. Diese Politik schadet nicht nur den Amerikanern, denn die stark gestiegenen Energiepreise tragen zu höheren Preisen in der gesamten Wirtschaft und damit zur derzeitigen Inflationsspirale bei, sondern sie bereichert auch Putin und seine Oligarchen, die von den hohen Preisen für russisches Öl profitieren.

Die Vereinigten Staaten und Europa haben im Namen der Bekämpfung der so genannten globalen Erwärmung ihre eigenen Volkswirtschaften verkrüppelt und ihre eigenen Bürger mit einer Politik gegen fossile Brennstoffe geschädigt, was gleichzeitig den Weltfrieden und die Sicherheit gefährdet. Russische Truppen sind vor Ort und schaffen in der Ukraine Waisenkinder, während John Kerry, der Klimazar von Präsident Biden, bizarrerweise über die Treibhausgasemissionen der russischen Militäraktion in der Ukraine schwadroniert.

Es gibt nie einen guten Zeitpunkt, um eine schlechte Politik zu machen, und Amerika und die Welt durch den Würgegriff Russlands auf den europäischen Energiemärkten noch stärker an den russischen Einfluss zu binden, war so schlecht, wie man es sich nur vorstellen kann.

Aus wirtschaftlichen, humanitären und geopolitischen Gründen sollte Präsident Biden seinen Kurs sofort ändern. Er sollte von seiner Exekutivgewalt Gebrauch machen und alle Beschränkungen für die Energieerschließung und -produktion in den Vereinigten Staaten aufheben. Er sollte alle Bundesstaaten, die Fracking noch einschränken auffordern, die Förderung von sauberem, kostengünstigem Erdgas zuzulassen. Er sollte die laufenden Bestrebungen aufgeben, allen Wirtschaftszweigen

Kohlendioxid-Beschränkungen aufzuerlegen. Und er sollte aus dem Pariser Abkommen aussteigen, das mit seinen klima-alarmistischen Beschränkungen lediglich Leuten wie Wladimir Putin in die Hände spielt.

Mutige Maßnahmen wie diese könnten Putin und andere potenziell gefährliche Akteure – ich denke hier an China – dazu bringen, ihre aggressive Expansionspolitik zu überdenken.

This piece originally [appeared](#) at TownHall.com and has been republished here with permission.

Link:

<https://cornwallalliance.org/2022/03/biden-and-europe-should-respond-to-russian-aggression-by-scrapping-extremist-climate-policies>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE